

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(93. - öffentliche - Sitzung am 5. Juni 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Spielhallengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10451](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung des Gesetzentwurfs unter Einbeziehung der in der 91. Sitzung erbetenen schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung fort und schließt sie ab.

Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Heiko Sachtleben (GRÜNE).

2. **Technologieoffen, sicher, vernetzt - für eine moderne Logistik und einen zukunftsfähigen Personenverkehr**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10155](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung des Antrags fort. Er nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Die niedersächsische Luftverkehrswirtschaft stärken - Luftverkehrssteuern und Luftsicherheitsgebühren abbauen**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9894](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung unter Einbeziehung der in der 87. Sitzung erbetenen schriftlichen Unterrichtung fort und schließt sie ab.

Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

4. a) **ÖPNV stärken - barrierefreie Bushaltestellen schaffen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5392](#)

b) Barrierefreie Mobilität stärken - Bushaltestellen an Landesstraßen gezielt ausbauen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10675](#)

Der Ausschuss behandelt die beiden Anträge abweichend von der Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnung zusammen.

Er setzt die Beratung zu a) fort und beginnt sie zu b). Auf Wunsch der Fraktionen von SPD und GRÜNEN beschließt der Ausschuss eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu beiden Anträgen.